



ZDF-Politbarometer September IV 2013

ZDF-Politbarometer September IV 2013
Regierungsbildung: Deutliche Mehrheit fände große Koalition gut
Angela Merkel mit persönlichem Allzeit-Bestwert
Mehrheitliche Zufriedenheit mit dem Bundestagswahlergebnis
Mehrheitlich sind die Bundesbürger mit dem Ergebnis der Bundestagswahl zufrieden: Insgesamt sagen 55 Prozent, sie sind damit eher zufrieden und 41 Prozent, sie sind es nicht. Naturgemäß sehen das die verschiedenen Parteianhängerlager ganz unterschiedlich: So äußern 78 Prozent der Unionsanhänger, aber auch 55 Prozent der AfD-Anhänger ihre Zufriedenheit. Bei den Anhängern der anderen Parteien hingegen sind die Unzufriedenen deutlich in der Mehrheit.
Wunschkoalition: CDU/CSU und SPD
Von den grundsätzlich möglichen Koalitionsmodellen wird lediglich die große Koalition mehrheitlich gut gefunden: 58 Prozent fänden eine Regierung aus CDU/CSU und SPD gut, 25 Prozent schlecht, und 14 Prozent wäre das egal. Eine schwarz-grüne Bundesregierung hingegen fänden nur 32 Prozent aller Befragten gut, aber 43 Prozent schlecht (egal: 22 Prozent). Noch deutlicher wird eine rot-rot-grüne Koalition abgelehnt: gut: 22 Prozent, schlecht: 67 Prozent, egal: 10 Prozent.
Interessant bei dieser Frage sind auch die Bewertungen in den jeweiligen Anhängergruppen: So rangiert die große Koalition mit 68 Prozent "gut" bei den CDU/CSU-Anhängern eindeutig auf Platz eins vor der schwarz-grünen (gut: 38 Prozent). Bei den SPD-Anhängern wird ebenfalls die große Koalition am besten bewertet (gut: 64 Prozent), danach folgt auf Platz zwei Rot-Rot-Grün (gut: 34 Prozent). Die Anhänger der Grünen fänden Schwarz-Grün am besten (gut: 67 Prozent) - vor der großen Koalition (gut: 57 Prozent) und Rot-Rot-Grün (gut: 47 Prozent).
Die Erwartungen, zu welcher Regierungskoalition es letztlich kommen wird, fallen tendenziell vergleichbar aus zu den geäußerten Präferenzen: 72 Prozent glauben, dass es zu einer gemeinsamen Regierung aus CDU/CSU und SPD kommen wird, 13 Prozent erwarten eine Koalition aus CDU/CSU und Grünen, und lediglich 3 Prozent rechnen mit Rot-Rot-Grün (weiß nicht: 12 Prozent).
Folgen einer Koalition unterschiedlich bewertet
Dass ein Regierungseintritt als Juniorpartner der SPD eher schaden würde, meinen 40 Prozent aller Befragten, 42 Prozent glauben, dass er der SPD eher nutzen würde. Wesentlich skeptischer sehen das die SPD-Anhänger (schaden: 50 Prozent, nutzen: 39 Prozent). Ähnlich sieht es bei den Grünen aus: Hier glauben zwar nur 38 Prozent, dass eine schwarz-grüne Koalition den Grünen langfristig eher schadet, und 45 Prozent meinen, dass sie ihnen hilft. Aber auch hier geht eine Mehrheit von 48 Prozent unter den Anhängern der Grünen eher von einem Schaden aus als von einem Nutzen (44 Prozent; Rest zu 100 Prozent jeweils: "weiß nicht").
Deutliche Ablehnung einer Minderheitsregierung
Wenn sich die Parteien nicht auf eine gemeinsame Regierungsbildung einigen können, wäre neben Neuwahlen nur eine Minderheitsregierung möglich, die dann über keine eigenständige Mehrheit im Parlament verfügte. Eine solche Minderheitsregierung lehnen allerdings 72 Prozent aller Befragten grundsätzlich ab, lediglich 21 Prozent fänden sie gut (weiß nicht: 7 Prozent). Dabei spielt es keine wesentliche Rolle, ob das eine CDU/CSU-Minderheitsregierung wäre oder eine aus SPD und Grünen.
TOP TEN: Angela Merkel mit persönlichem Bestwert
Nach der nur knapp verfehlten absoluten Mehrheit für die CDU/CSU kann die Bundeskanzlerin ihre Spitzenposition in der TOP TEN weiter ausbauen: Sie erreicht jetzt auf der Skala von +5 bis -5 einen Durchschnittswert von 2,7 (Sept. II: 2,2). Das ist die beste Beurteilung, die jemals für sie im "Politbarometer" gemessen wurde. Mit großem Abstand folgen Wolfgang Schäuble mit 1,7 (Sept. II: 1,3) und Frank-Walter Steinmeier mit 1,3 (Sept. II: 1,1). Vorgerückt auf Platz vier ist Horst Seehofer mit jetzt 1,0 (Sept. II: 0,3). Danach folgen Peer Steinbrück mit unveränderten 0,8, Ursula von der Leyen mit 0,7 (Sept. II: 0,5), Sigmar Gabriel mit 0,6 (Sept. II: 0,3), Gregor Gysi mit 0,1 (Sept. II: minus 0,1), Jürgen Trittin mit minus 0,4 (Sept. II: minus 0,1) und Guido Westerwelle mit minus 0,7 (Sept. II: minus 0,3).
Projektion
Wenn am nächsten Sonntag bereits wieder gewählt würde, dann wäre das Ergebnis dem der Wahl vom vergangenen Sonntag recht ähnlich: Die CDU/CSU käme dann auf 43 Prozent, die SPD auf 26 Prozent, die Linke auf 10 Prozent, die Grünen nur noch auf 7 Prozent, die FDP auf 3 Prozent und die AfD auf 5 Prozent. Die anderen Parteien erreichten zusammen 6 Prozent.
SPD-Anhänger uneinig über langfristige Öffnung Richtung Linke
Dass die SPD auch langfristig Koalitionen mit der Linken im Bund weiter ausschließen sollte, meinen 57 Prozent aller Befragten. Dass sie sich langfristig dafür öffnen sollte, wollen 36 Prozent. Bei den SPD-Anhängern sind die Meinungen fast genau geteilt: 47 Prozent sind für eine solche Öffnung und 48 Prozent dagegen.
Die Umfrage zum "Politbarometer" wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 24. bis 26. September 2013 bei 1293 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteiateil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteiateil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 49 Prozent, SPD: 25 Prozent, Linke: 9 Prozent; Grüne: 6 Prozent, FDP: 2 Prozent, AfD: 5 Prozent. Das nächste "Politbarometer" sendet das ZDF am Freitag, 18. Oktober 2013.
Fotos sind erhältlich über die ZDF-Pressestelle, Telefon: 06131 - 70-16100, und über <http://bilderdienst.zdf.de/presse/politbarometer>
Internet: pressetreff.zdf.de
e-mail: presse@zdf.de
Fon: +49 6131 / 70-12120/1

Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

presse@zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

presse@zdf.de

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.